

Auszug aus der Niederschrift
30. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 05.02.2025

1.3 Sachstand zur Entwicklung der Angebote in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege
M/17/6273

Frau Willing-Spielmann rügt den fehlenden Bezug zur Antragstellung der CDU im vergangenen Jahr. In der Vorlage werde viel über Kindertageseinrichtungen aber wenig über Kindertagespflege berichtet. Dies sei bedauerlich, da Kindertagespflegeeltern große Unsicherheiten in der Ausübung ihres Gewerbes erfahren.

Hierauf entgegnet Herr Schmidt, dass die Vorlage jährlich eingebracht werde und nur die Erweiterung auf die Folgejahre Ausfluss der CDU-Antragstellung ist. Er sieht weiterhin die Notwendigkeit aller Baumaßnahmen, da nach Abschluss der laufenden oder absehbaren Renovierungsmaßnahmen sogar weniger Gruppen als heute zur Verfügung stehen. Zur Kindertagespflege berichtet er von einem umfassenden und konstruktiven Austausch im vergangenen Jahr. Er sei daher über die in den sozialen Medien angestoßene Diskussion sehr überrascht und über die Vorgehensweise auch enttäuscht gewesen. Er signalisiert aber Gesprächsbereitschaft hinsichtlich offener Fragen.

Herr Roth berichtet, dass viele Einrichtungen über veraltete Bausubstanz verfügen. Daher sind die Baumaßnahmen für neue Einrichtungen erforderlich. Diese seien aber multifunktionaler aufzubauen. Zur Kindertagespflege führt er aus, dass das Jugendamt die Berufsfreiheit von Interessenten nicht einschränken dürfe und darüber hinaus auch kein Vertragsverhältnis mit den Tagespflegepersonen besteht.

In dem anschließenden Austausch bemängelt Frau Salwik ebenfalls die über die sozialen Medien geführte Diskussion. Die Belegung von Kindertagespflegeplätzen sei von vielen Faktoren abhängig. Die Angebote müssten daher angepasst werden. Herr Mulia sieht die Belegungsquote abhängig vom Angebot. Mehr Plätze würden eine höhere Inanspruchnahme nach sich ziehen. Er regt an, die Kindertagespflege differenzierter darzustellen. Die Wahl der Betreuungsförm ergebe sich laut Herrn Girrullis aufgrund individueller Faktoren. Die Zahl der unversorgten Kinder stehe aber im Widerspruch zu den freien Plätzen in der Kindertagespflege.

Hinsichtlich der KTE-Neubauten besteht im Ausschuss Konsens über deren Notwendigkeiten.

Frau Klempel bestätigt den von Herrn Schmidt dargestellten konstruktiven Austausch. Es bestehen aber weiterhin Sorgen bei den Tagespflegeeltern. Die Diskussion in den sozialen Medien habe nicht die Interessenvertretung der Tagespflegepersonen geführt sondern nur einzelne Kolleginnen haben über persönliche Sorgen berichtet.

Dem entgegnet Herr Roth, dass durch Kommentierungen von Frau Klasen Fakten geschaffen wurden, die seitens des Jugendamtes nicht bestätigt werden können. Er führt aus, dass ein Vertragsabschluss zwischen Eltern und Tagespflegepersonen nur bedingt durch das Jugendamt gelenkt werden kann. Auch sei die Qualität der Kindertagespflege für die Elternentscheidung ausschlaggebend.

Herr Rubin berichtet, dass landesweit die Geburtszahlen sinken. Eine andere Bedarfsplanung werde daher zukünftig notwendig sein, die folgende Punkte berücksichtigt:

- nicht konkurrierende Vernetzung von KTE und KTP
- Bedarf an heilpädagogischen Gruppen
- Erhalt der Trägervielfalt
- Berücksichtigung der Landesfinanzierung.

Herr Schmidt sagt zu, die aufgeworfenen Fragen aufzugreifen. Gleichzeitig verweist er hinsichtlich der zukünftigen Planung auf viele Abhängigkeiten, bekannte Umstände werden von der Verwaltung bereits berücksichtigt.

Herr Roth bestätigt die von Herrn Lösken aufgezeigte schwierige Zusammenarbeit mit dem LVR in Angelegenheiten der inklusiven Betreuung. Es fehle der Überblick, wie viele Kinder mit besonderem Bedarf unversorgt sind.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage sodann zur Kenntnis.